

Entschließungsantrag **der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P.**

zu der vereinbarten Debatte zur Iran-Politik

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag verurteilt die von dem Berliner Kammergericht festgestellte Beteiligung staatlicher Stellen des Iran an dem Mykonos-Attentat als einen eklatanten Bruch des Völkerrechts.

Er drückt seinen Respekt gegenüber den beteiligten Vertretern der Berliner Justiz aus. Ihr Urteil ist ein wichtiges Signal in dem Bemühen, dem Völkerrecht international zum Durchbruch zu verhelfen.

Er weist nachdrücklich darauf hin, daß das Urteil des Berliner Kammergerichts die Feststellung eines Straftatbestandes darstellt und damit in keiner Weise mit einer Verletzung der religiösen Gefühle der iranischen Bevölkerung oder einer Verurteilung des Islam verbunden ist.

Er sieht jedoch mit Sorge die Demonstrationen vor der Deutschen Botschaft im Iran und die Gefahren, denen die Deutschen im Iran nun ausgesetzt sind. Er erwartet von der iranischen Regierung, daß die Sicherheit der Deutschen im Iran gewährleistet wird.

Der Deutsche Bundestag begrüßt die von der Bundesregierung unmittelbar eingeleiteten Maßnahmen: die Einbestellung des iranischen Botschafters, die Ausweisung von vier Botschaftsangehörigen und die Abberufung des deutschen Botschafters aus dem Iran sowie die Entscheidung, auf absehbare Zeit sich nicht an dem „Kritischen Dialog“ zu beteiligen und die diesbezügliche unmittelbare Abstimmung mit den EU-Partnern.

Er begrüßt nachdrücklich die geschlossene Haltung der Mitgliedstaaten der EU und die Solidarität, die Deutschland dadurch zuteil wird. Dies gilt insbesondere für die Abberufung der Botschafter aus dem Iran als auch für die gemeinsame Entscheidung, die Politik des „Kritischen Dialogs“ mit dem Iran, auf den sich die EU-Staaten 1992 verständigt haben, zu suspendieren und eine grundlegende Überprüfung ihrer Iran-Politik vorzunehmen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- ihr besonnenes Verhalten fortzusetzen, auf das die iranische Regierung bisher mäßigend reagiert hat, in dem gemeinsamen Bemühen, eine Eskalation der Lage, die insbesondere die Situation der Deutschen im Iran erschweren würde, zu vermeiden;
- im Rahmen der EU die Iran-Politik vor dem Hintergrund des Mykonos-Urteils zu überprüfen und mit Blick auf den Ausgang der Präsidentschaftswahlen im Iran am 23. Mai d.J. gemeinsam eine weiterführende, neue Konzeption zu erstellen. Dabei soll weiterhin versucht werden, diese Politik den USA zu verdeutlichen und soweit möglich zu versuchen, zu einer einheitlichen westlichen Position zu gelangen;
- bilateral, im Rahmen der EU und der internationalen Staatengemeinschaft, die iranische Führung weiterhin mit allem Nachdruck dazu aufzufordern, die Regeln des Völkerrechts ohne jede Einschränkung zu achten, terroristische Aktivitäten weder selbst zu betreiben, noch politisch, logistisch oder finanziell zu unterstützen, die Menschenrechte einzuhalten sowie die Glaubens- und Religionsfreiheit zu respektieren und alle Aktivitäten zu unterlassen, die auf die Verfolgung von im Ausland lebenden Oppositionellen gerichtet sind.

Bonn, den 16. April 1997

Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos und Fraktion
Dr. Hermann Otto Solms und Fraktion